

Kleine Zeitung

1.7.14

ALFRED TRENDL
warnt vor einer Steuerreform
zulasten der Familien.



Die eine Hand gibt, die andere nimmt

Juli 2014: Erstmals seit 14 Jahren wird die Familienbeihilfe erhöht! Zwischen vier und sechs Euro mehr pro Monat haben Familien damit am Konto. Ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein: Wohnen wird teurer, Lebensmittelpreise steigen, die Ausgaben für die Schule nehmen zu. Von einer Familienbeihilfenerhöhung kann nach 14 Jahren bei fünf Euro im Monat nicht ernsthaft gesprochen werden, ein politisches Signal ist es trotzdem. Der dafür notwendige Druck ist von den Familien und den Familienorganisationen ausgegangen.

Während diese Anpassung politisch noch als Beitrag für ein familienfreundliches Österreich gefeiert wird, folgt gleich eine Hiobsbotschaft: Einmal getagt, wissen einige

„Arbeitgeber auf Kosten der Familien zu entlasten, ist unverfroren und einer familienfreundlichen Gesellschaft unwürdig.“

Experten der Steuerreformkommission schon, woher Geld für eine Steuerentlastung kommen könnte: aus dem Familienlastenausgleichsfonds (FLAF); aus genau diesem Fonds, aus dem die Familienbeihilfen, das Kinderbetreuungsgeld, die Pensionsbeiträge für Kindererziehungszeiten, die Schulbücher, die Schülerfreifahrten, die Elternbildung oder die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen bezahlt werden; Gelder, die für Familienleistungen zweckgewidmet sind.

Über Jahre hinweg hat dieser Fonds rote Zahlen geschrieben, jede Diskussion über eine Wertanpassung einer

Familienleistung wurde mit dem Argument „Geht nicht, wir haben leider kein Geld!“ abgeschmettert. 2019 nun soll der FLAF - sofern die Prognosen stimmen - positiv bilanzieren. Damit steigen die Begehrlichkeiten. ÖVP-Experten können sich vorstellen, die Einnahmen für den FLAF zugunsten der Arbeitgeber zu kürzen. Der FLAF wird zu 80 Prozent aus Dienstgeberbeiträgen gespeist; sie werden von den Arbeitgebern bezahlt und machen 4,5 Prozent der Lohnsumme aus.

Die letzte Senkung der Dienstgeberbeiträge - von 6 Prozent auf 4,5 Prozent - passierte unter der SP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Bruno Kreisky zwischen 1978 und 1981. Eine neuerliche Senkung wäre ein völlig falsches Signal, das der angestrebten familienfreundlicheren Gesellschaft zuwiderläuft. Weniger Einnahmen für den FLAF lassen wenig bis keinen Spielraum für längst überfällige Wertanpassungen. Das Kinderbetreuungsgeld ist - ähnlich lang wie die Familienbeihilfe - nicht wertangepasst; es wurde seit 2002 nie erhöht! Eine Senkung des Dienstgeberbeitrages bedeutet noch etwas: dass sich die Familien einen Teil der Steuerreform selber finanzieren, weil die Lohnnebenkostensenkung für die Arbeitgeber zulasten der FLAF-Einnahmen geht.

Während die eine Hand gibt, will die andere wieder kräftig zulangen. Nur daran zu denken, Arbeitgeber auf Kosten der Familien zu entlasten, ist unverfroren, einer familienfreundlichen Gesellschaft unwürdig und ein Skandal!

Alfred Trendl ist Präsident des Katholischen Familienverbandes Österreich